

Nachrichten



Schulsozialpädagogen sind erfolgreich

Programm läuft 2011 weiter - Land will Forderungen umsetzen - Vereinbarung mit Kommunen

Bei einem Treffen in Hannover tauschten sich die Sozialpädagogen mit Kultusministerium, Städte- und Gemeindebund und Politik aus: Mathias Dahle (Jork), Karl-Heinz Klare (Schulpolitischer Sprecher der CDU), Reiner Schlichtmann (Städte- und Gemeindebund), Jan ter Horst (Kultusministerium), Kai Seefried (CDU), Karl-Ludwig von Danwitz (CDU), Helmut Dammann-Tamke (Mdl), Klaus Schröder (Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit), Rainer Siegmund (Stade), Ina Sommer (Harsefeld) sowie Eva Heuermann aus Ahlerstedt aus (von links nach rechts).

Buxtehude. Die Schulsozialpädagogen aus dem Landkreis Stade machen Landespolitik - mit Erfolg: Bei einem Treffen mit Vertretern von CDU-Fraktion, Städte- und Gemeindebund und Kultusministerium in Hannover waren sich die Beteiligten einig, dass das Programm 2011 fortgesetzt wird und Schulsozialarbeiter nicht mehr befristet, sondern fest eingestellt werden

sollten.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Dammann-Tamke hat sich für ihre Interessen in Hannover stark gemacht: "Wir waren und sind uns einig, dass Schulsozialarbeit unverzichtbar ist, und dass, wie bei den Hauptschulen, mittel- oder langfristig Sozialarbeiter an den anderen Schulen fest eingestellt werden sollten. "Die Schüler bräuchten feste Ansprechpartner. Die Zahl schwieriger Kinder werde - in vielen Elternhäuser gebe es Defizite bei der Erziehung - "in naher Zukunft nicht abnehmen". Seit 2003 habe das Land die Mittel kontinuierlich erhöht, von drei auf zwölf Millionen Euro im Jahr.

Die Gelder würden weiterhin in "voller Höhe" fließen, versichert das Land den Kommunen und den Sozialarbeitern. Letztere hatten Anfang des Jahres mit der Wanderausstellung "Wir sind gekommen, um zu bleiben" davor gewarnt, das "Programm zur Profilierung der Hauptschulen" auslaufen zu lassen, 15 von 22 Stellen im Landkreis Stade wären in diesem Fall gefährdet gewesen. Fakt ist: Die Schulsozialarbeiter werden weiterbeschäftigt, das Förderprogramm laufe 2010/2011 "nahtlos" weiter.

"Die Gelder sollen an die Schulträger gehen", berichtet die Schulsozialpädagogin Ina Sommer. Mit dem Ministerialbeamten Jan ter Horst waren sich Politik und die AG Schulsozialarbeit einig, dass Jahresverträge "kontraproduktiv" seien. Schließlich müssten Schüler länger und nachhaltig begleitet, Vertrauensverhältnisse aufgebaut werden. Verstetigung sei wichtig. Die Förderung soll auf fünf Jahre "verbindlich" zugesagt werden, mehr gibt das Haushaltsrecht nicht her. Mit den Kommunen will das Land eine Partnerschaft eingehen. Ein Grund, warum Reiner Schlichtmann, Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes und Samtgemeindebürgermeister von Harsefeld, mit am Tisch saß. Die Interessenvertretung spricht in Kürze über die Schulsozialarbeit. Die Kommunen müssten die unbefristeten Verträge abschließen. 26 000 Euro pro Jahr gibt das Land pro Stelle, das reicht für eine Halbtagskraft. Eine Aufstockung seitens der Träger ist erwünscht. Außerdem sollen die Zuschüsse künftig auch den Aspekt Berufserfahrung berücksichtigen, damit diese Stellen nicht nur für Berufsanfänger interessant sind.

Bei den Richtlinien wird das Land ab 2011 ein Anforderungsprofil vorgeben. Zweckentfremdung von Mitteln wie in Oldendorf soll ausgeschlossen werden. Dort fließt das Geld in externe Berufsberatung, es wurde "kein Schulsozialpädagoge eingestellt". (bv)

22.08.2009

 Artikel drucken

Fenster schließen

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG